



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 10. Juni 2024**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

26. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr.
Ende der Sitzung: 16.10 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 25. Sitzung des Gemeinderates vom 06.05.2024 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Anwesende

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister: Gerhard Kroiß

3. Vizebürgermeisterin: Christa Raggl-Mühlberger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Ralph Schäfer BSc MSc

Gemeinderäte:

Thorsten Aspetzberger

DI Gunter Haydinger

KR. Herwig Karl Mayer, MBA

Ing. Olivera Stojanovic, BSc

Carmen Pühringer, MSc

Fabian Bauer

Mag. Paul Hammerl, MA

Ronald Schiefermayr

Anna Maria Wippl, BA BA

Gerhard Bruckner

Christiane Kroiß

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister: Mag. Klaus Schinninger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Stefan Ganzert

Gemeinderäte:

Mag. Bernhard Humer

Laurien Scheinecker, BA

Mag. Hannah Stögermüller, MBA

Silvia Huber, MPA

KR. Karl Schönberger

Gloria-Maria Umlauf

Christian Kittenbaumer

Johann Reindl-Schwaighofer MBA

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Dr. Martin Oberndorfer

Gemeinderäte:

Birgit Ebetshuber

Markus Wiesinger

Ludwig Vogl

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Thomas Rammerstorfer

Gemeinderäte:

Mag. Ralf Drack

Hülja Yilmaz

Miriam Faber

Alessandro Schatzmann

NEOS

-

MFG

Gemeinderat

Jörg Wehofsich

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaler

Helga Rosenberger

Eva Helfert

Entschuldigt:

GR. Mag. Silke Lackner

GR. RegRat Walter Zaunmüller

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, weist darauf hin, dass die Sitzung aufgezeichnet und im Internet übertragen wird,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 31.05.2024 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an
Vzbgm. Mag. Klaus Schininger betreffend
Hort und GTS Pernau
Verf-015-W-14-2024

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister,
gemäß §10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Wurden beim Bau des Kindergartens Lessingstraße ursprünglich Horträumlichkeiten eingeplant? Wenn ja, warum wurde diese Planung verworfen?
2. Warum musste der Hort Pernau in die VS4 übersiedeln?
3. Wurden damals Alternativen zur Unterbringung des Hortes in der VS4 geprüft?
4. War die Unterbringung des Hortes Pernau in der VS4 von Anfang an als Übergangslösung geplant?
5. Wenn ja, ging es um einen Übergang bis zur endgültigen Schließung des Hortes oder bis ein neues Quartier gefunden wird?
6. Wann und von wem wurde Sie darüber informiert, dass der Hort mit Ende des Schuljahres 23/24 nicht mehr in der Schule bleiben kann?
7. Wer hat diese Entscheidung getroffen?
8. Wann und von wem wurden die Eltern der Hortkinder über die bevorstehende Schließung informiert?
9. Wann und von wem wurde die Hortleitung und das Hortpersonal über diesen Umstand informiert?

10. Was wurde konkret unternommen, um ein neues Quartier zu finden?
11. Gab es konkrete Angebote (schriftlich oder mündlich) für ein neues Quartier? Wenn ja, welche?
12. Wurde die Möglichkeit einer Containerunterkunft im Garten des Kindergartens Herderstraße geprüft? Wenn ja, wie wurde diese Möglichkeit bewertet? Wenn nein, warum nicht?
13. Wurde mit dem Bürgermeister und Finanzreferenten Dr. Andreas Rabl über die Finanzierung eines Ersatzquartiers für den Hort Pernau gesprochen? Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
14. Gibt es aktuell noch Anstrengungen den Hort Pernau vor der Schließung zu retten?
15. Viele Eltern profitieren vom Angebot der Horte, weil im Vergleich zu den GTS der Personalschlüssel wesentlich höher ist, die Randzeiten – speziell in den Welser Volksschulen – besser abgedeckt sind (Frühdienst ab 6.30 Uhr/Spätdienst bis 18 Uhr) und die Kinder mehr Zeit für die Erledigung der Hausübung haben. Welche Maßnahmen zum Erhalt der Welser Horte wurden gesetzt?
16. Welche Überlegungen gibt es zu den Randzeiten der GTS (Frühdienst am 6.30 Uhr/Spätdienst bis 18 Uhr), speziell in den Welser Volksschulen?
17. Gibt es Überlegungen den Personalschlüssel in der GTS zu verbessern?
18. Wird die fachliche Kompetenz des GTS-Personals für den Freizeitbereich von der Stadt geprüft?
19. Droht durch die Eröffnung einer GTS in der VS Lichtenegg langfristig die Schließung oder Verkleinerung eines Horts in der Vogelweide oder in Wimpassing?
20. Ist der Erhalt der bestehenden Welser Horte, so wie im Bildungsinvestitionsgesetz vorgeschrieben, in Zukunft trotz Ausbau der GTS gesichert?

Bgm. Dr. Rabl: Vzbgm. Mag. Schininger wird die Anfrage mündlich im nächsten Gemeinderat beantworten. Danke.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Bgm. Dr. Rabl: Ich darf Ihnen berichten, dass in Abstimmung mit dem Generalsekretär des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Hrn. Mag. Martin Netzer, zusammen mit dem von uns übermittelten Schreiben an die Bildungsdirektion für OÖ in die Bildungsdirektion um Überprüfung des Anliegens der Stadt Wels ersucht worden ist. Dies wurde zur Kenntnis gebracht und wir warten nun ab, was dabei herauskommt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend kostenlose Fahrten zum Schwimmunterricht der Welser Schülerinnen der Volks- und Mittelschulen
Verf-015-A-3-2024

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Vielen Dank. Der Dringlichkeitsantrag wird wie üblich nach Abarbeitung der Tagesordnung behandelt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Direktor Günter Stadlberger, 4641 Steinhaus;
Verleihung des Großen Ehrenzeichens der Stadt Wels
BdB-325-01-3-2024

Der Antrag (Anlage 2) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 28.05.2024:

Herrn Direktor Günter Stadlberger, 4641 Steinhaus, wird in Würdigung seiner herausragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels in einer Gesamtwürdigung der Persönlichkeit das Große Ehrenzeichen der Stadt Wels verliehen.

Einstimmig angenommen.

2.)

Stadtpolizeikommandant Oberst Klaus Hübner, BA MA,
4550 Kremsmünster;
Verleihung des Großen Ehrenzeichens der Stadt Wels
BdB-325-01-4-2024

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 28.05.2024:

Herrn Stadtpolizeikommandanten Oberst Klaus Hübner, BA MA, 4550 Kremsmünster, wird in Würdigung seiner herausragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels in einer Gesamtwürdigung der Persönlichkeit das Große Ehrenzeichen der Stadt Wels verliehen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Michael Wipplinger, Wels;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-325-01-2-2024

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 28.05.2024:

Herrn Michael Peter Wipplinger, Wels, wird in Würdigung seiner herausragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem das Ehrenzeichenstatut der Stadt Wels 2019 abgeändert wird (1. Novelle zum Ehrenzeichenstatut der Stadt Wels 2019)
BdB-325-01-1-2024

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 28.05.2024:

Die beiliegende 1. Novelle zum Ehrenzeichenstatut der Stadt Wels 2019 wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

5.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2024/008

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 28.05.2024:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und die in der Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

6.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2024/009

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 28.05.2024:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

7.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2024/010

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 28.05.2024:

Die beantragte Kreditüberschreitung (Anlage 1) wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

8.)

Umwidmung des Grundstückes Nr. 162/8 KG 51215 Lichtenegg –
Verpflichtungserklärung zur Verwertung
ZR-039-253-2023

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 28.05.2024:

Die beiliegende Erklärung zur Verwertungsabsicht (Beilage ./1) betreffend Grundstück Nr. 162/8 KG 51225 Lichtenegg wird beschlossen.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, GR. Schatzmann, MFG)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion ohne GR. Schatzmann)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Mag. Klaus Schinninger

9.)

Einsatz von Personal im Rahmen der GTS
(Welser Pflichtschulen) / Ferienbetreuung;
Zuschlagserteilung an Fa. ISK – Institut für Soziale Kompetenz
BK-Schu-121-2022 miterledigt:
ZE-022-1-48-2022

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Bildungs- und Gesundheitsausschuss am 21.05.2024:

Die beiliegende Zuschlagserteilung (Beilage 1) für externes Personal in Pflichtschulen für das Schuljahr 2024/25 sowie für externes Personal für Kinderbetreuungseinrichtungen zur Unterstützung/Abwicklung der Sommerferienbetreuung 2024 zu einem Gesamtpreis von netto € 654.000,00 (exkl. USt.) zzgl. der vertraglich vereinbarten Erhöhung der KV- und IST-Gehälter des Kollektivvertrages für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der privaten Bildungseinrichtungen („BABE KV“) an die Fa. ISK – Institut für soziale Kompetenz, 4020 Linz, Kapuzinerstraße 84b, wird beschlossen.

GR. Faber: Ob wir hier so gut zusammenarbeiten, sind wir uns nicht sicher. Seit längerer Zeit bekommen wir immer wieder verschiedene Beschwerden über die Fa. ISK von Seiten der Eltern, der Hortpädagogen oder von Seiten des Lehrpersonals. Angefangen bei knapper Bemessung der Mahlzeiten über Freizeitverbringung nachmittags im Klassenzimmer oder am Asphalt bis hin zu fragwürdigen pädagogischen Methoden – evtl. durch überfordertes Personal. Die Fa. ISK scheint sich in seiner Struktur besser darzustellen als sie in Wirklichkeit ist und wir haben auch schon vom ISK-Personal zu hören bekommen, dass das Personal oft in ihrer Überforderung alleine gelassen wird.

Wenn aus verschiedenen Bereichen über diese Missstände berichtet wird, dann hat die Stadt die Aufgabe dies zu kontrollieren. Besonders da es eine Subventionsvereinbarung gibt und sich die städtische Kinderbetreuung im Laufe der Zeit durch die Fa. ISK verschlechtert. Es ist unser finanzielles Kapital sowie das Zukunftskapital unserer Kinder und es liegt in unser aller Interesse dies korrekt aufzustellen.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

10.)

Welser Pflichtschulen;
Ankauf von IT-Ausstattung,
Auftragsvergabe an Fa. Kontron AG
BK-Schu-124-2024 miterledigt:
ZE-022-1-67-2024

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Bildungs- und Gesundheitsausschuss am 21.05.2024:

Die beiliegende Zuschlagserteilung (Beilage 1) betreffend die Lieferung von 280 Stück Notebooks, 37 Stück Mini-PC`s sowie 44 Stück Monitoren für die VS 3 Wels-Stadt, die VS 8 Vogelweide, die VS 9 Vogelweide, die MS 2 Pernau, die SMS Pernau, die MS 8 Lichtenegg sowie die Polytechnische Schule mit einer Auftragssumme in Höhe von brutto € 217.594,80 inkl. USt. an die Firma Kontron AG, 4020 Linz, Industriezeile 35, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Einsatz von Stützkräften im Rahmen der GTS
in den Welser Pflichtschulen;
Auftragsvergabe an Fa. Diakonie Zentrum
Spattstraße gemeinnützige GmbH
BK-Schu-125-2024 miterledigt:
ZE-022-1-100-2024

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Bildungs- und Gesundheitsausschuss am 21.05.2024:

Der beiliegende Rahmenvertrag (Beilage 1) betreffend die Beschaffung von Stützkräften zur Unterstützung bzw. Abwicklung des Freizeitbereiches im Rahmen der ganztägig geführten Schulformen in der VS 2 Stadtmitte, VS 4 Pernau, VS 8 Vogelweide, MS 5 Neustadt, MS 6 Vogelweide, MS 8 Lichtenegg sowie dem ISZ Vogelweide mit einer Auftragssumme in Höhe von brutto € 204.633,21 inkl. USt. an die Firma Diakonie Zentrum Spattstraße gemeinnützige GmbH, 4030 Linz, Willingerstraße 21, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Bgm. Dr. Rabl: Zu TOP 12 liegt ein Abänderungsantrag vor. Dieser lautet:

Es wird beantragt, im Amtsbericht den Satz „Die Caritas Oberösterreich möchte die Räumlichkeiten zu den oben angeführten Kosten mit 01.07.2024 anmieten und wird sohin ein jährliches Entgelt von € 70.731,72 an die Stadt Wels leisten.“ zu ersetzen durch „Die Caritas Oberösterreich möchte die Räumlichkeiten zu den oben angeführten Kosten mit 01.08.2024 anmieten und wird sohin ein jährliches Entgelt von € 70.731,72 an die Stadt Wels leisten.“ und die Beilage ./1: Untervermietung, wie in der Beilage zu diesem Abänderungsantrag ersichtlich, zu ersetzen.

Es ist alles gleich, nur das Datum hat sich von 01.07.2024 auf 01.08.2024 verschoben, da die Liegenschaft erst noch ausgemalt werden muss und das dauert 3 Wochen.

Bitte diesen Abänderungsantrag in die Diskussion mitaufzunehmen.

12.)

Untervermietung Wohngemeinschaft
Zeileisstraße 6b an Caritas Invita
SenBLS-408-10-3-2024
SenB-300-04-3-2023

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 23.05.2024:

Beiliegender Untermietvertrag (Beilage ./1) betreffend die Untervermietung der Wohngemeinschaft Zeileisstraße 6b mit einem vertraglich vereinbarten jährlichen Mietzins in Höhe von netto € 63.865,20 zuzüglich der gesetzlichen USt. iHv € 6.866,52, somit zu einer Brutto-Jahressumme von € 70.731,72, mit der Caritas Oberösterreich mit Sitz in 4021 Linz, Kapuzinerstraße 24, wird beschlossen.

GR. Mag. Stöger Müller, BA: Dass in Wels durch die Untervermietung von Räumlichkeiten an die Caritas zukünftig ein weiteres Wohnangebot für Menschen mit Beeinträchtigung geschaffen werden soll, ist grundsätzlich erfreulich. Wir wissen, es gibt in ganz Oberösterreich zu wenig solcher Wohnangebote - wir stimmen dem natürlich zu. Wir stimmen auch dem Abänderungsantrag zu. Es gibt aber auch noch eine andere Seite der Medaille. Die Stadt Wels hat die Demenz-WGs, welche vorher in diesen Räumlichkeiten waren, geschlossen. Die Demenz-WGs waren ein Vorzeigeprojekt, um welches uns viele andere Gemeinden beneideten. Andere Gemeinden arbeiten gerade intensiv an der Entwicklung genau solcher Projekte, weil sie wissen, dass sich der Bedarf an Pflegeangeboten in den nächsten Jahren ganz massiv erhöhen wird. Da drängt sich schon die Frage auf, warum die Stadt Wels so ein Angebot einfach zusperrt. Meiner Meinung nach liegt die Antwort auf der Hand: Der FPÖ und dem Bürgermeister geht es um Kosteneinsparungen. Die Demenz-WGs hätte die Stadt finanzieren müssen. Leistungen nach dem Chancengleichheitsgesetz, wie das geplante Wohnangebot, zahlt das Land. So spart sich der Bürgermeister über 400.000 Euro pro Jahr. Andere Gemeinden investieren massiv in die Pflege aufgrund der demographischen Lage und die Stadt Wels spart fast eine halbe Million pro Jahr ein.

Das ist die Politik der FPÖ, dies fällt uns jetzt schon auf den Kopf. Das sehen wir auch beim nächsten TOP, Stichwort Pflegepersonal. Das Problem ist nur, wenn wir so weitermachen, dann stehen wir in 10 Jahren vor einem Scherbenhaufen in der Pflege und die Leidtragenden werden die Welser und Welserinnen sein.

GR. Pühringer, MSc: Ich möchte auf diese Wortmeldung mit einem Zitat antworten: „Kümmere dich nicht um Dinge, die bereits geschehen sind, konzentriere dich darauf, was du jetzt tun kannst.“

Wir alle wissen die Gründe wieso diese Demenz-WGs geschlossen werden mussten und sogar die SPÖ-Fraktion wird tief im Innersten wissen, dass es nicht die Einsparungsmaßnahmen des Herrn Bürgermeisters waren, sondern die geänderten Rahmenbedingungen, die durch eine Klage verursacht wurden, wodurch die Demenz-WGs den APHs gleichgestellt wurden.

Es wurden alle Bewohner in APHs untergebracht, es geht allen gut soweit wir wissen und wir sollten froh sein, dass durch den einjährigen Kampf unserer Vizebürgermeisterin und Sozialreferentin diese weitere Demenz-WG jetzt übergeben bzw. in Betrieb gehen kann. Wir decken dadurch einen Bedarf ab, den wir haben und wir sollten froh sein, dass dies möglich gemacht wurde anstatt alten Geschichten nachzutruern, wo wir doch alle wissen, welche Gründe dazu geführt haben.

StR. Rammerstorfer: Das Thema Pflege wird sich heute durch die Sitzung ziehen. Wir haben in Wels wahrscheinlich 500-800 demenzkranke Menschen. Es ist sehr schade ein Projekt wie die Demenz-WGs einzustellen, aber es ist unfair ein oder zwei Vorzeigeprojekte zu haben, wo die Bewohner eine sehr intensive Betreuung haben und hunderte andere haben dadurch eine schlechtere Betreuung. Aufgrund der derzeitigen Personalsituation war das leider eine Notwendigkeit. Es war eine Zeit lang in der Pflege sehr „in“ einzelne Prestigeprojekte zu finanzieren und die breite Masse zu verharmlosen. Dass man jetzt davon abgeht, ist eine Dringlichkeit und von mir eher positiv bewertet.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Danke für deine Ausführungen, Tom. Genau um das geht es. Die Demenz-WG war eine gute Idee, davon waren wir alle überzeugt. Nur haben sich leider die Rahmenbedingungen geändert und es war so, dass man Pflegestufe 4 brauchte, um in eine Demenz-WG zu kommen, weil sie wie ein APH zu führen ist. Wir hätten zwei kleine APHs gehabt, wir hatten Pflegestufen 4-6 dort bereits und es war in dieser Form nicht mehr führbar. Das war leider eine höchstgerichtliche Entscheidung und damit hat die Stadt Wels gar nichts zu tun.

Der Abänderungsantrag (siehe oben) wird

einstimmig angenommen.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

13.)

Vermittlung von Gesundheitspersonal
Vertrag mit der Fa. WOOfors GmbH
SenB-300-04-2-2024

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 23.05.2024:

Beiliegender Vertrag zur Vermittlung von Gesundheitspersonal (Beilage 1) betreffend der nachhaltigen Rekrutierung von Gesundheitspersonal für die vier Häuser der Seniorenbetreuung der Stadt Wels mit einem Gesamtvolumen in Höhe von netto

€ 59.980,00 zuzüglich der gesetzlichen USt. iHv. € 11.996,00, somit zu einer Brutto-Gesamtsumme von € 71.976,00, mit der Fa. WOOfors GmbH mit Sitz in 4061 Pasching, Schärldinger Straße 6, wird beschlossen.

GR. Mag. Stöger Müller, BA: Aktuell sind in den städtischen APHs in Wels 92 Betten wegen Personalmangel nicht belegt, vor gut 1,5 Jahren waren es noch 58 Betten. Dies zeigt, in Wels „brennt der Hut“, wenn es um die Pflege geht. Deshalb freut es mich grundsätzlich, dass die verantwortlichen Freiheitlichen das Problem zumindest anerkennen - es hat auch lange genug gedauert die Personalsuche jetzt zu intensivieren.

Jemand, der dies in der eigenen Familie bereits erlebte und dringend einen Pflegeplatz gebraucht hätte, wird mir zustimmen - jedes Pflegebett, das wir wieder belegen können, ist gut und sehr erfreulich. Aber man muss klar dazusagen - was die Freiheitlichen hier machen ist viel zu wenig und viel zu spät. Andere Gemeinden beschäftigen sich seit Jahren mit den demographischen Herausforderungen in der Pflege. Sie versuchen gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, damit sie genug Personal bekommen. Sie wissen der Pflegebedarf wird rasant steigen. Der Sozialhilfverband Braunau beispielsweise bietet eine 6. Urlaubswoche und der Sozialhilfverband Kirchdorf bietet Kinderbetreuung in den APHs an. Und was macht Wels? In Wels werden innovative Projekte, wie die Demenz-WG, geschlossen, es wird im Pflegebereich noch aktiv eingespart. Wenn Mitarbeiter massenweise kündigen, wird monatelang einfach zugesehen. Die Stadt zieht sich bei den mobilen Diensten zurück und lässt Chancen, die auch einen präventiven Charakter hätten, wie z.B. die „Community Nurses“, einfach liegen.

Die Welser Freiheitlichen ruhen sich dann sehr gerne auf der Argumentation des Personalmangels bei der Pflege aus. Fakt ist, Wels ist die Statutarstadt mit den meisten Bettensperren – und zwar mit Abstand. Das ist hausgemacht, einige Gründe hierfür habe ich schon aufgezählt. Zusätzlich kommt noch die Einsparpolitik des Bürgermeisters dazu, das fällt uns jetzt auf den Kopf. Der Bürgermeister sorgte als Personalreferent dafür, dass in den APHs nicht mehr Pflegepersonal eingesetzt wird als mindestens vorgeschrieben. Wenn ich immer an der Mindestgrenze bin, dann wird es schwierig Personalfuktuation und Krankenstände auszugleichen und es führt dazu, dass das Stammpersonal immer mehr belastet wird. Viele suchen sich dann etwas Neues, denn als Pflegekraft kann man es sich derzeit aussuchen wo man arbeitet. Diese verfehlte Personalpolitik im System Rabl fällt uns nicht nur bei der Pflege auf den Kopf, sondern auch bei der Kinderbetreuung. Hier muss man dazusagen, wenn in einer Stadt Pflege und Kinderbetreuung nicht funktionieren, dann hat das vor allem eine Gruppe auszubaden - nämlich die Frauen in einer Stadt!

Das ist auch eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Wie gesagt, die intensivierte Personalsuche ist besser als nichts, aber ich erwarte mir, dass die Freiheitlichen in ihren zuständigen Ressorts endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und auch in eine soziale Infrastruktur investieren, also nicht nur in Parks und Feste, sondern in bessere Arbeitsbedingungen. Ohne diese wird es im Pflegebereich zukünftig nicht mehr funktionieren.

StR. Rammerstorfer: Ergänzend zu den gesperrten Betten möchte ich noch erwähnen, dass es seit 2012 auch überhaupt 75 Betten weniger gibt in den APHs der Stadt Wels. Das kommt auch noch dazu. Wir haben also deutlich weniger Betten anzubieten als die momentan leerstehenden.

Zum Thema „Community Nurses“ 100%ige Zustimmung für die Hannah, da haben wir einiges versäumt, das wäre die große Chance gewesen.

Zum Thema „WOOfors“: Wir haben eine ganze Reihe an Projekten, gerade auch in OÖ, wo Pflegekräfte aus dem Ausland rekrutiert werden. Da sprießen Firmen aus dem Erdboden, manche machen ihren Job gut, manche machen ihn weniger gut. Diese Firma ist mir völlig unbekannt, was eher für sie spricht, und wir werden sehen, wie sie ihren Job erledigen.

Gut ist, wenn wir ein Auge darauf haben. Wir haben in diesem Bereich viele Probleme mit den Verträgen zwischen den Pflegekräften und den Firmen, denn diesen wird oftmals viel Geld abgenommen, beispielsweise für das Erlernen der Sprache oder andere Qualifikationen. Wir haben oft die Problematik, dass sie an die Firma noch Geld bezahlen müssen, das sie eigentlich selber verdienen wollten, um ihre Familien zu unterstützen, um selbst leben zu können. Wir können hier eine kritische Solidarität aussprechen. Allerdings werden wir uns dies sehr genau ansehen wie das funktioniert und gerade bei integrativen Maßnahmen, wie Deutschkurse oder Kinderbetreuung, wo wir helfen können auch unterstützend zur Seite stehen.

GR. Wippl, BA BA: Tom sprach es schon an - Pflege betrifft die Tagesordnung heute durch und durch. In Wels „brennt der Hut“ war die Aussage. Ja natürlich, aber der brennt österreichweit und das muss man wirklich einmal sagen. Das Personal in der Pflege fehlt an allen Ecken und Enden und es wird uns vorgeworfen so untätig zu sein und kein Personal zu suchen. Fakt ist, es gibt zahlreiche Stellenanzeigen auf unserer Homepage. Es werden eben solche Maßnahmen wie dieser TOP getroffen, weil wir sagen wir finden aktuell kein Personal, es ist unglaublich schwierig. Wir setzen so eine Maßnahme, um Personal zu finden. Der Pflegeberuf gehört attraktiviert. Aber meiner Meinung nach ist das auch eine Bundesangelegenheit und betrifft den ganzen Bereich rund um die Gesundheit, egal ob Pflege oder Ärzte. Ich finde es spannend, dass die Kinderbetreuung und das Thema Pädagogen uns zugeschanzt wird, obwohl der Referent in den eigenen Reihen sitzt. Also bitte dort nachfragen und nicht uns jede Schuld zuschieben!

Vzbgm. Mag. Schinninger: Liebe Kollegin Wippl, nur der Richtigkeit halber: Natürlich bin ich der Referent, der dafür zuständig ist. Aber der Personalreferent ist der Herr Bürgermeister!

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Zum Thema „Mobile Dienste“ möchte ich sagen, wir haben derzeit keine Wartelisten und wir sind froh, wenn die momentanen Anbieter genug Kunden haben, denn unsere Stunden gehen zurück. Das Thema „Community Nurses“ kommt immer wieder, vielleicht sollte man es ehrlich hinterfragen. Es gibt schon einige Kommunen und Städte, die diese „Community Nurses“ wieder aufgehört haben.

Ein zusätzliches Personal wäre wie ein Traum. Ich wäre froh, wenn wir den Personalplan bzw. Stellenplan endlich einmal füllen könnten, von zusätzlichem Personal sprechen wir noch gar nicht.

Wir haben 452 Betten. Das entspricht dem Plan des Landes OÖ – auch in Zukunft noch. Selbst wenn wir alle Wartelisten abarbeiten würden und wirklich jeder einen Platz bekommt, würden bei uns Betten leer stehen, weil wir genug zur Verfügung haben.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Ralph Schäfer, BSc MSc

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels
über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes
Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 98)
BauR-269-05-15-2021

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 16.01.2024:

Die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (98. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels
über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes
Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 106) und des Örtlichen
Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 55)
BauR-269-05-14-2022

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 27.03.2023:

Die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (106. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (55. Änderung) wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

16.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels
betreffend den straßenrechtlichen Ordnungsplan Nr. 223/1;
Umlegung und Teilauflassung Rosenauer Straße
BauR-269-08-4-2023

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 27.05.2024:

Die beigefügte Verordnung betreffend den straßenrechtlichen Ordnungsplan Nr. 223/1 Umlegung und Teilauflassung Rosenauer Straße wird beschlossen.

GR. Weidinger: Wenn man sich den Plan ansieht, ist hier hinten die blau schraffierte Fläche vorgesehen für das Auflassen und die gelbe Fläche wird neu (Anm.: GR Weidinger zeigt auf den beigelegten Plan). Nun verstehe ich den Zeitplan nicht ganz. Ich verstehe das so, wenn wir das beschließen, ist die blau schraffierte Fläche aufgelassen und somit kein öffentlicher Grund bzw. Verkehrsfläche mehr? Die gelbe Fläche gibt es ja noch gar nicht. Was passiert nun mit der Straßenreinigung? Was passiert im Fall eines Verkehrsunfalles? Das verstehe ich nicht ganz, aber vielleicht kann mir das Kollege Schäfer erklären.

GR. Faber: Wir sind grundsätzlich für diesen TOP, aber wünschen uns, dass der Baumbestand nördlich der Skaterhalle bestehen bleibt.

StR. Schäfer, BSc MSc: Zum Zeitplan weiß Kollege Ganzert mehr als ausführender Referent dazu. Wir haben hier nur die Verordnung und somit die Grundlage, dass die Straße auch errichtet werden kann.

Wie es in der Ausführung ist bzgl. Zeitplan kann ich sagen, die Messehallen werden mit Beginn nächsten Jahres abgebrochen und die neue Halle ist bereits in der Ausschreibung und in der Umsetzungsvergabe. Rechtzeitig zur neuen Halle werden natürlich die Straßen fertig sein. Was in der Zwischenzeit damit ist? Diese Frage muss ich leider an Kollegen Ganzert weitergeben.

Der Antrag zu Punkt 16. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

17.)

1. Ergänzung zur Geschäftsordnung des
Stadtrationalen Forums der Stadtregion Wels
Teilnahme am EFRE-Programm Investition
in Wachstum und Beschäftigung Österreich
2014-2020 (IWB) und damit verbundener
Eigenmittelaufbringung für die Erstellung
einer stadtrationalen Strategie
StP-386-02-1-2024 miterledigt:
BauD-SVP-31-2016

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 27.05.2024:

Beiliegendes Ergänzungsblatt zur Geschäftsordnung des Stadtreionalen Forums der Stadtregion Wels wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Johann Reindl Schwaighofer, MBA

18.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Ausbildungsoffensive für Pflegeberufe
Verf-015-I-10-2024

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Wir hatten heute schon zwei Punkte zum Thema „Pflege“ und uns allen miteinander ist klar, dass die Pflegeabsicherung und Pflegezukunft das Thema unserer Gesellschaft sein werden. Wenn die gesamten „Boomer-Jahrgänge“ ins Alter kommen, dann werden wir 10.000er Sprünge haben von Personen, die über 80 Jahre sind.

Statistisch wissen wir, dass bei den 80-Jährigen ein gewisser Prozentsatz Pflegebedarf haben wird. Es gibt in diesem Zusammenhang eine umfangreiche Diskussion - von der häuslichen Pflege, welche auch von vielen Menschen gewünscht wird, bis hin zur 24-Stunden-Pflege oder Angehörige, die ihre Familienmitglieder pflegen. Hier gehören aber noch einige Dinge verändert. Es geht darum, dass Menschen nach jahrelanger Pflege keine Sozialversicherungsabsicherung mehr haben usw. Das ist uns klar.

Dann gibt es noch die Situation der Pflege in Pflegeheimen - Wels war in diesem Bereich einmal Vorzeigestadt, Musterstadt sogar. Viele andere haben sich angeschaut, wie wir es gemacht haben die Menschen in ihrem gewohnten Stadtteil zu belassen und ihnen dort die Pflege zukommen zu lassen.

Ich möchte hier noch einen geschichtlichen Exkurs abhalten: Als wir das APH Noitzmühle gebaut haben wussten wir, es gibt zu wenig Personal. Das war auch zu diesem Zeitpunkt schon der Fall. Wir initiierten dann eine eigene Ausbildung für die Stadt Wels, machten diese und hatten somit ausreichend Pflegepersonal, damit das neue Heim in Betrieb gehen konnte.

Wenn sie sich den Antrag durchgelesen haben - sie hatten ja eine zweite Chance dies zu tun, denn vor zwei Jahren haben wir diesen Antrag schon gestellt – kamen sie in der Diskussion drauf, dass zur Absicherung der Pflege in der Stadt Wels und in den APHs in Wirklichkeit nichts gemacht wurde, was irgendetwas bewirkt hätte.

92 Pflegebetten stehen momentan leer. StR. Rammerstorfer erwähnte bereits, dass es mittlerweile zusätzliche 72 Pflegebetten weniger sind in den letzten 15 Jahren. D.h. wir lassen die Familien in Wels mit ihren Pflegeproblemen alleine. Wir schafften es als Stadt Wels, dass wir ein Pflegeheim de facto neu starten müssen, weil wir in der Personalpflege so umgegangen sind, dass die Leute fluchtartig das Haus verlassen haben. Wir haben das Pflegeheim „gegen die Wand gefahren“ und müssen jetzt neu beginnen.

Wir unterstützen auch das Personal-Recruiting über diese Firma. Uns muss aber klar sein wir brauchen effiziente Schritte, um diesen Fachkräftenachwuchs zu bekommen. Es reicht nicht irgendwo nachzufragen, ob es neue Pflegeplätze gibt. Es reicht auch nicht Inserate zu schalten. Es geht darum mir zu überlegen, wie ich Menschen ansprechen kann, die in diesem Bereich eine Ausbildung haben oder machen würden. Ein ganz wichtiges Suchfeld im Bereich der Pflegeausbildung sind z.B. Wiedereinsteigerinnen. Um diese Wiedereinsteigerinnen in Ausbildungslehrgänge zu bekommen, muss ich ihnen aber Unterstützung bei den Rahmenbedingungen geben, wie z.B. Kinderbetreuungsplätze. Wenn ich als Stadt Wels sage, ich mache einen eigenen Ausbildungslehrgang, dann gibt es eine wichtige Notwendigkeit, Man muss diesen Frauen auch Kinderbetreuungsplätze anbieten. Das sind die verlässlichsten Mitarbeiterinnen, die man sich vorstellen kann, weil sie würdigen, dass wir als Stadt sie unterstützt haben.

Der Berufsverband sagt, wir brauchen für das Pflegepersonal Rahmenbedingungen, die ihnen erlauben lange in ihrem Berufsfeld arbeiten zu können. Wir wissen, dass die Verweildauer im Berufsfeld der Pflege oft nur 3-4 x länger ist als die Ausbildung selbst und die Menschen arbeiten dann lieber in anderen Berufen, als dass sie in diesen Berufen weiterarbeiten, weil die Rahmenbedingungen oft nicht erträglich sind. Man muss sich vorstellen, wenn man als Pflegekraft alleine Nachtdienst hat und auf sich alleine gestellt ist, weil ein Kollege krank wird, dann sind die pflegebedürftigen Menschen aber trotzdem noch da und brauchen Betreuung und Hilfe. D.h. wir müssen uns als Dienstgeber der Mitarbeiter dahingehend annehmen, dass sie sich unserer Unterstützung bewusst sind.

Wir gehen davon aus, dass wir bis 2050 zusätzlich 70.000 Pflegekräfte brauchen. Da braucht es jede Initiative, um diese Menschen anzusprechen und sie bereitzustellen. Der Berufsverband sagt, man solle auch auszubildende Pflegekräfte anstellen. Dies wäre ein konkreter Vorschlag: Die Stadt Wels benötigt z.B. 30 Altenfachbetreuer. Wir stellen sie an und machen eine Ausbildung. Das lässt sich mit einer verpflichtenden Verweildauer verknüpfen und dann haben wir auch Pflegekräfte. Genau das meinten wir als wir diesen Antrag stellten und genau in dieser Richtung ist nichts passiert.

Die Menschen in Wels bekommen vom Herrn Bürgermeister zum 60. und 65. Geburtstag ein Glückwunschsreiben mit einem Folder mit dem Schriftzug „Wels pulsiert für Senioren“. Der erste Punkt lautet „Sicherstellung der Pflege“. Wir wissen in Wels ist die Pflege nicht sichergestellt. Einer der Hauptinterventionsgründe der Menschen ist, dass, wenn sie Übergangs- bzw. Pflegebetten brauchen, diese in Wels nicht verfügbar sind. Beschließen sie nun mit uns diesen Antrag, damit wir die soziale Qualität unserer Stadt wieder verbessern.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Jedes leere Bett ist natürlich ein Bett zu viel und da gebe ich ihnen natürlich recht, aber ich lasse mir von ihnen die Pflege in Wels trotzdem nicht schlecht reden. Fragen sie doch einmal in Salzburg nach, wie lange man dort auf ein Pflegebett wartet. Dort wartet man ein halbes bis zu einem ganzen Jahr. Das ist in Wels bei weitem nicht so.

Für die Thematik der Kinderbetreuung würde ich sie bitten sich an den zuständigen Referenten zu wenden, denn für die Kinderbetreuung bin nicht ich zuständig. Aufgrund dessen möchte ich aber sagen, die Brisanz des Themas ist natürlich da und ich habe meine Fachabteilung gebeten eine Stellungnahme abzugeben, die ich auch gerne vorlesen möchte. Darin steht was wir alles unternehmen, um Personal rekrutieren zu können.

„Die Dst. Seniorenbetreuung nimmt zum Initiativantrag wie folgt Stellung:

Zu Beginn darf angeführt werden, dass die personelle Situation mit der Schließung der Demenz WG rein gar nichts zu tun hat, da hier höchstgerichtliche Entscheidungen ausschlaggebend waren.

Die Diskussion über eine Ausbildungsoffensive für Pflegeberufe auf allen notwendigen Qualifikationsstufen ist von höchster Bedeutung angesichts des demografischen Wandels und des steigenden Bedarfs an qualifizierten Pflegekräften. Die Stadt Wels erkennt den aktuellen Handlungsbedarf und die Dringlichkeit dieser Thematik vollumfänglich an und wird hier auf allen Ebenen versuchen, entsprechend qualifiziertes Personal zu lukrieren.

In diesem Sinne wurden seitens der Stadt Wels in den letzten Jahren auch immer wieder entsprechende Maßnahmen gesetzt. So wurde im Vorjahr mit dem BFI Kontakt aufgenommen, um einen eigenen Ausbildungslehrgang für FSBA in Kooperation mit der Stadt Wels ins Leben zu rufen. Wie aber die SPÖ-Gemeinderatsfraktion in ihrem Initiativantrag selbst ausführt, gibt es gegenwärtig nicht ausreichend Interessente für eine solche Ausbildung im Pflegebereich. Anreize in diesem Bereich wurden und werden auf verschiedensten Ebenen umgesetzt (Oö. Pflegestipendium seit 2022, Pflegestipendium AMS seit 2023). Dennoch konnte die Einsteigerquote nicht signifikant erhöht werden.

Des Weiteren wurde Kontakt mit anderen Ausbildungseinrichtungen aufgenommen und besteht eine gute Kooperation zwischen den Pflegedienstleitungen und den Lehrenden der einzelnen Einrichtungen, welche immer wieder Praktikanten an unsere Häuser vermitteln. Alle in Ausbildung stehenden Praktikanten werden in unseren Häusern von erfahrenen Praxisanleitern begleitet. Zum Anwerben von Praktikanten werden zudem gerade eigene Broschüren ausgearbeitet und wurde mit der Direktorin der Diakonie vereinbart, dass wir unsere Einrichtungen in den Lehrgängen präsentieren können.

Des Weiteren beschäftigten wir in den Häusern vermehrt Stützkräfte und Hilfskräfte und unterstützen diese im Rahmen ihrer Ausbildung bzw. motivieren diese zur Absolvierung einer Pflegeausbildung.

Eine Ausbildung von Pflegepersonal in den Einrichtungen der SenB ist nicht möglich, da die rechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung eigener Ausbildungsmaßnahmen nicht gegeben sind und die infrastrukturellen Voraussetzungen, wie geeignete Ausbildungsstätten und qualifiziertes Lehrpersonal, welche erforderlich sind, um eine

umfassende und qualitätsgerechte Ausbildung in diesem Bereich sicherzustellen, nicht gegeben sind.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die bereits in die Wege geleitete Strategie der Rekrutierung von Pflegekräften aus dem EU-Ausland. Durch die Anwerbung internationaler Fachkräfte konnten in bestimmten Bereichen in Oberösterreich bereits gewisse Versorgungslücken erfolgreich geschlossen und die Qualität der Pflege aufrechterhalten werden.

In diesem Sinne hat sich auch die Stadt Wels für eine Zusammenarbeit mit der Fa. WOOfors entschieden und diese mit der Vermittlung von Pflegepersonal für unsere Einrichtungen beauftragt. Des Weiteren werden wir uns dem Rahmenvertrag des Landes Oberösterreich zur Rekrutierung von Pflegekräften aus Drittstaaten anschließen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Stadt Wels trotz des dringenden Bedarfs an einer Ausbildungsoffensive für Pflegeberufe aus den genannten Gründen nicht in der Lage ist, diese eigenständig zu realisieren. Dennoch wird weiterhin die Rekrutierung von Pflegekräften aus dem EU-Ausland als praktikable und notwendige Maßnahme zur Sicherstellung einer adäquaten pflegerischen Versorgung verfolgt und wird kontinuierlich an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Bestandspersonal gearbeitet.“

Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung des Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Raggl-Mühlberger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 19) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 25 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion, MFG)
9 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend kostenlose Fahrten zum Schwimmunterricht der Welser Schülerinnen der Volks- und Mittelschulen
Verf-015-A-3-2024

GR. Umlauf: Für die Eltern vieler Welser SchülerInnen ist auch der reduzierte Fahrtkostenbeitrag zum bzw. vom Schwimmunterricht im Welldorado immer noch schwer finanzierbar. Bei den derzeitigen erheblich gestiegenen Lebenshaltungskosten zählt für viele Familien buchstäblich jeder Euro.

Ein Drittel der VolksschülerInnen sind Nichtschwimmer, bei den MittelschülerInnen ist die Quote kaum besser. Regelmäßiger Schwimmunterricht ist ein wesentlicher Beitrag für die Sicherheit unserer Kinder und kann die Gefahr zu ertrinken wesentlich minimieren. Zudem beansprucht Schwimmen viele Muskelpartien, fördert die Lungenfunktion, trainiert die Abwehrkräfte und kann helfen Gewicht zu reduzieren. Die Stadt Wels ermöglicht den SchülerInnen im Rahmen des Schwimmunterrichts den Gratis-Eintritt ins Welldorado. Die Übernahme der Kosten für den Transport der Kinder wäre ein nächster wichtiger Schritt.

Im Schuljahr 2021/2022 hatten wir 2447 Volksschüler in Wels und 1816 Mittelschüler. Geht man davon aus, dass die Schülerzahlen gestiegen sind, so kommen ca. 200 Schüler für das aktuelle Schuljahr dazu, so wären wir bei ca. 2647 Volksschüler und 1958 Mittelschüler im Vergleich zu 2021/2022. Nach Kostenmitteilung der Eltern würde der Stadt Wels die Übernahme der Fahrtkosten der Volksschüler und Mittelschüler ca. € 85.000, - kosten. Mit diesem Beitrag könnten wir die Sicherheit der SchülerInnen maßgeblich erhöhen. Das Einkommen der Eltern darf nicht über die Sicherheit und das Leben der SchülerInnen entscheiden.

Daher möge der Gemeinderat beschließen: „Der Bürgermeister und Finanzreferent wird aufgefordert, die Fahrten für den Schwimmunterricht der Welser SchülerInnen der Volks- und Mittelschulen kostenlos zur Verfügung zu stellen und die entsprechenden finanziellen Mittel hierfür bereitzustellen.“

GR. Mag. Hammerl, MA: Ich möchte unseren zuständigen Referenten Vzbgm. Gerhard Kroiß und der Dienststelle Schule, Sport und Zukunft unter dem Dienststellenleiter Mario Kastner ein großes Lob aussprechen. Das, was im Welldorado allen Welser Schülern zur Verfügung gestellt wird, ist beispielhaft. Keine Schule und kein Frei- oder Hallenbad ermöglicht es in diesem Umfang den Kindern Schwimmunterricht zu nehmen. Wir müssen uns schon bewusst sein, es ist ein Unikat, dass im Durchschnitt jeder Schüler pro Jahr 6 Schwimmeinheiten hat. Das resultiert daraus, dass jeder Welser Schule ein gewisses Stundenkontingent - nämlich fixe Schwimmstunden im Frei- bzw. Hallenbad - zur Verfügung steht. Das gibt es nirgends anders. Man muss daran denken, jeder Schüler bekommt im Durchschnitt 6 Schwimmstunden pro Jahr, im Verhältnis zu den Umlandgemeinden, wo es in der gesamten Schulkarriere zu einmal 6 Stunden (wenn überhaupt) kommt. Wenn man noch dazu bedenkt, dass es die Möglichkeit gibt in Wels mit der Schülerfreifahrt kostenlos zum Schwimmunterricht zu kommen, dann stellt sich mir schon die Frage, ob es sich nicht dabei tatsächlich um einen Antrag handelt, der ein ganz anderes Problem behandeln sollte.

Nämlich den Besuch der Schüler aus den Umlandgemeinden. Es ist auf jeden Fall kein Problem welches die Schüler der Stadt Wels betrifft. Es gibt die Möglichkeit kostenlos zu fahren. Noch dazu gibt es kostenlose Schwimmkurse, nämlich in der letzten Ferienwoche und ersten Schulwoche. Es gibt auch die Möglichkeit – und davon nehmen auch einige Schulen Gebrauch – einen Bedarfsbus bei der Fa. SAB anzufordern. Ein Bus, der zur unmittelbar vorbestellten Zeit bei der Schule eintrifft und die Kinder zum Frei- oder Hallenbad bringt. Dieser Bus kostet durchschnittlich 2,50 bis 3 € für Hin- und Retourfahrt. Jetzt denken wir daran, 6 Schwimmstunden pro Jahr, das sind max. 18 € pro Familie. Ich kann den Antrag auch inhaltlich deshalb nicht nachvollziehen, weil drinsteht, man könne sich diese 18 € als Familie nicht mehr leisten. Noch dazu wirft die Zuständigkeit Fragen auf. Der Antrag richtet sich an den Herrn Bürgermeister. Bedenken

wir aber bitte, dass der zuständige Bildungsreferent unser Vzbgm. Klaus Schinninger ist. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages in den Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Hammerl, MA auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages (Anlage 1) in den Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

	<u>22 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion ohne GR. Faber und GR. Schatzmann)
gegen	<u>9 Nein-Stimmen</u> (SPÖ-Fraktion)
und	<u>2 Stimmenthaltungen</u> (GRÜNE-Fraktion ohne GR Mag. Drack, GR. Yilmaz)

angenommen.

GR. Wehofsich war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr, somit ist die Tagesordnung erschöpft. Wir kommen jetzt zur Bürgerfragestunde.

Die Sitzung des Gemeinderates wird zur Abhaltung der Bürgerfragestunde von 16.00 bis 16.10 Uhr unterbrochen.

Anschließend erklärt der Bürgermeister mit Dank die Sitzung des Gemeinderates für beendet.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 23.09.2024 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.